

2010 289

UB Braunschweig

84



2010-289-4

A n t w o r t
e i n e s U n b e f a n g e n e n

auf die

von Hannover aus in Circulation gesetzte Schrift:

Ueber

**meinen Austritt aus dem Herzoglich
Braunschweigischen Staatsdienste**

von

Justus v. Schmidt-Phiseldack.

107578

Ph

Braunschweig,

gedruckt bei Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 2 7.

1. The first of these is the

second of these is the

third of these is the

fourth

fifth of these is the

sixth of these is the

seventh

eight of these is the

ninth of these is the

Der Geheime-Rath von Schmidt-Phiseldack, rücksichtlich der Landes-Regierung des Herzogthums Braunschweig noch immer vinculirt, durch seinen, dem Durchlauchtigsten Herzoge persönlich geschwornen Diensteid, von welchem derselbe, bis jetzt, auf legale Weise nicht entbunden worden, hat, um eine schlechte Sache zu einer guten umzuformen, den bedenklichen Weg der Publicität gewählt.

Der 2c. v. Schmidt versucht es, in einer zu Hannover unter dem Titel:

„Ueber meinen Austritt aus dem Herzogl. Braunschweigischen Staatsdienste,“

erschienenen Schrift, sich der Welt als ein Opfer der guten Sache, als einen Märtyrer darzustellen; er klagt über erlittene Mißhandlungen, über unverdiente Kränkungen und über eine, ohne allen rechtlichen Grund gegen ihn eingeleitete, Rechtsverfolgung. Er provocirt auf die öffentliche Meinung, und beabsichtigt auf diese Weise, seinen Ruf als Braunschweigscher Unterthan und Braunschweigischer Staatsdiener wieder hergestellt zu sehen. Er scheint sich um so freudiger dieser Hoffnung hinzugeben, als Hannover

ihn gegen die Rechtsverfolgung eines Nachbarstaates nicht nur in Schutz genommen, sondern ihn sogar zu einem bedeutenden Staatsposten befördert hat.

Herr 2c. v. Schmidt behauptet, daß die von ihm ergriffene Publicität zunächst dadurch veranlaßt worden, daß in Braunschweig zwei Broschüren gedruckt und ausgegeben, unter den Titeln:

- 1) Ueber den entwichenen Herzogl. Braunschweigischen Geheimen=Rath v. Schmidt=Phiseldack, von D^r Aug. Ferd. Hurlbusch, Herzogl. Braunschweigischem Consistorial=Präsidenten,
- 2) Beiträge zur Characteristik des von Braunschweig entwichenen Geheimen=Raths von Schmidt=Phiseldack, in Fragen, beantwortet durch Actenstücke.

So unbedenklich diese Behauptung und das Ge gründete derselben auf sich beruhen kann, so wenig wird der Geheime=Rath v. Schmidt es abzuleugnen vermögen, daß jene Broschüren Actenstücke, und eben dadurch rechtliche Wahrheiten liefern, und in gleicher Maße wird er, als umsichtiger Geschäftsmann, sich sagen müssen, daß dasjenige, was rechtlich feststeht, nicht durch ein bloßes Râsonnement geschwächt oder gar beseitigt werden könne.

Die wenigen Thatfachen in der v. Schmidt=Phiseldackschen Darstellung, welche als wirklich vorhanden anzunehmen, sind indifferent und können auf das Urtheil der Welt keinen Einfluß äußern. Den übrigen Thatfachen, welche unter gewissen Voraus-

setzungen entscheidend sein könnten, fehlt es an allen rechtlichen Beweisen, und so würde die ganze Deduction des Geheimen-Rathes v. Schmidt unbeachtet bleiben können, wenn nicht zu befürchten wäre, daß, gerade in dieser Sache, durch ein Stillschweigen das Publicum verleitet werden möchte, die mit ziemlich dreister Stirn gegebenen Versicherungen des rc. v. Schmidt für wahr anzunehmen.

Die von Schmidtsche Deduction läßt sich, für den Zweck der Widerlegung, auf folgende einzelne Sätze reduciren:

1) Das Herzogthum Braunschweig sei während der bestandenenen Vormundschafftlichen Regierung mit Weisheit und Umsicht verwaltet, und zwar zunächst, durch das früher bestandene Geheime-Raths-Collegium. Der Beweis hievon liege in den blühenden Verhältnissen, in welchen das Land Sr. Herzogl. Durchlaucht Höchstseigenen Regierung übergeben worden, weshalb es die Billigkeit erheische, einzelne Mißgriffe zu übersehen, wenn nur das Ganze von Redlichkeit und gutem Willen zeuge.

2) Das Geheime-Raths-Collegium Sr. Herzogl. Durchlaucht habe nach und nach das Vertrauen Höchstdesselben verloren, und Herr v. Schmidt habe die Ueberzeugung erhalten, daß eine Fortsetzung des Herzogl. Braunschweigischen Staatsdienstes für seine Ruhe nicht länger möglich sei.

3) Er sei der Vormundschaftlichen Regierung und dem Minister derselben vortheilhaft bekannt geworden, habe damals die Zusicherung erhalten, daß er in Hannoverschen Staatsdienst aufgenommen werden solle, sobald der Herzogl. Braunschweigsche Staatsdienst ihm nicht mehr wünschenswerth sein möchte, und es sei nichts natürlicher, als daß er, in seiner Lage, das erhaltene und angenommene Dienstversprechen geltend gemacht.

4) Se. Herzogl. Durchlaucht hätten anfänglich, und zwar mündlich, dem Abschieds-Antrage des 2c. v. Schmidt deferirt; statt dessen aber hätten Höchst-dieselben, als Folge der erhaltenen schriftlichen Erinnerungen, Ihre Ansichten geändert, und zwar mit Hindeutung auf Thatsachen, welche dem 2c. v. Schmidt zur Last fielen, weswegen eine Verantwortung nothwendig erscheine, welche er denn auch sofort geliefert.

5) Er sei unmittelbar darauf vom activen Dienste dispensirt und angewiesen, sämmtliche Dienstacten abzuliefern. Nachdem er diesem Befehle Folge geleistet, wäre sein Gehalt als Geheime-Rath einstweilen unter die Hälfte reducirt worden.

6) In diesem Zustande habe er ruhig ausgeharrt, in der Hoffnung zur Verantwortung gezogen zu werden, und als Folge hievon endlich den gebeten Abschied zu erhalten.

7) Wider alles Erwarten sei er unterm 13. April d. J. von dem Herzoglichen Geheime=Raths-Collegio aufgefordert worden, fehlende Actenstücke, die Majorennität Seiner Herzogl. Durchlaucht betreffend, auszuliefern, resp. dieses Gegenstandes wegen sich zu verantworten.

In der Ueberzeugung, daß er für diese und ähnliche Gegenstände, bei welchen das Herzogl. Geheime=Raths-Collegium nicht mit zu Rathe gezogen und nicht mit concurrirt, nur der bestandenen Vormundschafftlichen Regierung verantwortlich sein könne, und bei dem Vorhandensein des Umstandes, daß er, zur Verhütung von Mißbräuchen, Communicationen dieser Art vernichtet, habe er es seiner persönlichen Sicherheit wegen für nothwendig gehalten, sich von Braunschweig zu entfernen und nach Hannover zu begeben.

8) Die nun, von Herzogl. Braunschweigscher Seite, wider ihn angeordnete Rechtsverfolgung, insbesondere aber der gegen ihn ohne zureichenden Grund erlassene Steckbrief, berechtige ihn, seit dem Augenblicke einer so unerhörten Kränkung, sich aller Unterthanen=Pflichten gegen Se. Durchlaucht und das Herzogthum Braunschweig für entbunden zu erachten, und so vermeint denn Herr v. Schmidt, daß auch die Welt seine Unschuld anerkennen und ihn als völlig gerechtfertigt betrachten werde.

Auf sämmtliche in der v. Schmidtschen Deduction enthaltene, hier vorausgeschickte Punkte soll kurz und bündig, jedoch unter Berücksichtigung desjenigen, was die Acten bekunden und was in der ganzen civilisirten Welt als Recht anerkannt wird, geantwortet werden.

Ad 1. Es ist der Durchlachtigsten Landes-Regierung des Herzogthums Braunschweig nie und unter keinen Umständen eingefallen, die Totalität der Administration der Braunschweigischen Staaten, während der bestandenen Vormundschaftlichen Regierung, mit ungerechtem Tadel anzugreifen, oder überhaupt sich darüber zu beklagen, daß die günstigen Verhältnisse des Herzogthums, bei dem Regierungs-Antritte Sr. Herzogl. Durchlaucht, sich noch günstiger hätten gestalten müssen.

Auf der andern Seite sind indeß jene Landes-Vorthelle, worauf der 2c. v. Schmidt provocirt, nicht allein der Landes-Verwaltung und dem Procedere des vormaligen Geheimen-Raths-Collegii zuzurechnen. Wer das Herzogthum Braunschweig und dessen innere Verhältnisse kennen zu lernen Gelegenheit gehabt, weiß, daß dieses von jeher glücklich gepriesene Land zureichende Kräfte besitzt, um sich nach Beendigung einer kriegerischen Zeit oder nach sonstigen Schlägen des Schicksals leicht erholen zu können. Der Grund hievon liegt in dem starken Domaniel-Eigenthume des Landesherrn und in der Wohlha-

benheit der Unterthanen. Wenn also Nachbarländer, welche durch die Organisation des Königreichs Westphalen und als Folge der Statt gefundenen kriegsrischen Unruhen, mit dem Herzogthume Braunschweig in gleicher Lage sich befanden, sich längst erholt haben und gegenwärtig blühende Provinzen bilden, wiewohl ihnen bei weitem die Ressourcen fehlten, welche dem Braunschweigischen Lande zu Gebote stehen, so werden sich die günstigen Verhältnisse für das Herzogthum leicht erklären lassen, ohne daß es erforderlich wäre, ein zu großes Gewicht auf die Statt gefundene Landes-Administration zu legen. Alle Staats-Einrichtungen und die denselben angehörige Landes-Verwaltung sind menschliche Institute und unvollkommen. Es sind also Fehler und Mißgriffe unvermeidlich, und wenn bei dem Vorhandensein derselben keine böse Absicht sich zu Tage legt, so wird eine gerechte Landes-Regierung leicht darüber hinweggehen. Wie hätte es der jetzigen legalen Regierung des Herzogthums Braunschweig einfallen können, den an der Spitze der Regierungs-Verwaltung gestandenen Geheimen-Rath v. Schmidt solcher Mißgriffe wegen zur Verantwortung zu ziehen? — Dieses ist nie geschehen, und wenn, was hier im Vorbeigehen gesagt wird, Herr v. Schmidt dasjenige gute Gewissen gehabt hätte, was er zu haben vorgiebt, so würde er durch seine spätere Handlungsweise nicht den Stab über seinen Ruf und über sein ganzes bürgerliches Sein gebrochen haben.

Ad 2. Die v. Schmidt'sche Behauptung, daß er und das Herzogl. Geheime=Raths=Collegium nach und nach das Vertrauen Sr. Herzogl. Durchlaucht verloren, ist durchaus nichtsfagend. Um dieses, an und für sich genommen, der Welt glauben zu machen, würde erforderlich gewesen sein, Thatfachen anzuführen und zu erweisen, aus welchen jeder Unbefangene, durch Vernunftgründe geleitet, die Richtigkeit jener Behauptung zu entnehmen im Stande sei. Es ist jedoch hiebei nicht zu übersehen, daß Niemand etwas verlieren kann, was er nie besessen. Der mit Endigung der Vormundschaftlichen Gewalt von Sr. Herzogl. Durchlaucht nicht gewählte, sondern Höchstdemselben aufgedrungene Geheime=Rath v. Schmidt, das perpetuirliche Agens in dem Geheimen=Raths=Collegio von Braunschweig, dem es allein zugeschrieben werden muß, daß die Regierungs-Unmündigkeit Sr. Durchlaucht auf eine rechtswidrige Weise verlängert worden, hatte durch diese und andere bekannt gewordene Machinationen sich gegen den Durchlauchtigsten Herzog so gestellt, daß Höchstderselbe Vertrauen zu ihm möglicher Weise nicht haben konnte. Es läßt sich also nur behaupten: Se. Durchlaucht der Herzog habe das immer gehegte Mißtrauen gegen den r. v. Schmidt, und die Neußerungen eines solchen Mißtrauens, nicht laut werden lassen, vielmehr unterdrückt. Der Grund hievon ist in dem Umstande zu suchen und zu finden, daß Se. Herzogl. Durchlaucht es sich vorgenommen, durch

Mäßigung und Ruhe der Welt einen sprechenden Beweis zu liefern, daß Höchstdieselben keineswegs zu früh die Regierung Ihrer Erblande übernommen. Während der selbstständigen Regierungs-Periode Sr. Herzogl. Durchlaucht ist der Geheime-Rath von Schmidt von Höchstdemselben als erster Staatsbedienter betrachtet, als solcher ausgezeichnet und seiner Stellung gemäß behandelt worden; hätte mithin der 2c. v. Schmidt in der, seinen Wünschen und Ansichten nicht gemäßen, Behandlung von Seiten des Durchlauchtigsten Herzogs einen Grund finden können, den Herzogl. Braunschweigischen Staatsdienst aufzugeben, so ist keine vernünftige Ursache gedenkbar, weshalb der 2c. von Schmidt nicht schon in dem ersten Regierungsjahre Sr. Herzogl. Durchlaucht auf seine Verabschiedung angetragen, vielmehr sein Dienstverhältniß mehrere Jahre hindurch, ohne seinen Abschied zu fordern, fortgesetzt haben sollte.

Ad 3. Die Gründe, weshalb der Geheime-Rath v. Schmidt der für das Herzogthum Braunschweig etablirt gewesenen Vormundschaftlichen Regierung und dem Minister derselben vortheilhaft bekannt geworden, können, als in die gegenwärtige Ausführung nicht gehörig, füglich unerörtert bleiben. Man kann es ferner übergehen, nach den besondern Motiven zu forschen, wodurch die Vormundschaftliche Regierung bestimmt worden, dem 2c. v. Schmidt die Versicherung zu ertheilen, daß er sogleich in Hanno-

versche Dienste eintreten könne, wenn es ihm wünschenswerth erscheine, den Herzogl. Braunschweigischen Staatsdienst aufzugeben.

Herr v. Schmidt sagt in einer erläuternden Note, daß die Veranlassung zu dem erhaltenen und angenommenen Dienstversprechen die gewesen, daß er die Besorgniß geäußert, die alten Diener möchten dem jungen Fürsten wohl nicht zusagen, und demnach seine Lage nicht so angenehm bleiben, wie sie bisher gewesen. Für den letztern Punkt war die Besorgniß des *rc. v. Schmidt* wohl nicht ganz ungegründet; denn, wenn es ihm unter der Vormundschaftlichen Regierung gelungen war, jede Dispositions-Befugniß und alle Gewalt in sich zu vereinigen, so daß man sich daran gewöhnte, ihn für das Herzogthum Braunschweig als den alleinigen Machthaber anzuerkennen, so konnte dieses freilich nicht so bleiben, wenn *Se. Durchlaucht der Herzog* die Landes-Regierung Höchstselbst übernahm, für welchen Fall also der *rc. v. Schmidt* voraussehen mußte, daß er, wider seine bisherige Gewohnheit, in ein subordinirtes Verhältniß trete, was freilich nach seiner Individualität hart und drückend erscheinen konnte; desto ungegründeter aber war die erstere von ihm geäußerte Besorgniß, indem die frühere Stellung *Sr. Herzogl. Durchlaucht* und Höchstdessen Betragen nicht erwarten ließ, daß ein alter Staatsdiener, grade um deswillen, weil er alt sei, sich die Ungnade seines Herrn zuziehen würde.

Ganz abgesehen aber auch von dem bisher Gesagten, so ist die Annahme des Dienstversprechens von Seiten des Herrn v. Schmidt, mit den Grundsätzen von Ehre und Pflicht nie vereinbar, und dennoch liegt hierin bei weitem nicht allein die demselben zur Last fallende Unrechtfertigkeit; diese liegt darin, daß der 2c. v. Schmidt es über sich vermogt, mehrere Jahre hindurch, während der selbstständigen Regierungsperiode Sr. Herzogl. Durchlaucht, jenes erhaltene und von ihm angenommene Dienstversprechen seinem rechtmäßigen Landesherrn zu verheimlichen. Würde die Pflicht des Regenten es gestatten haben, dem 2c. v. Schmidt die oberste Landesverwaltung ferner anzuvertrauen, wenn dieser über seinen eventuellen Dienstverband mit Hannover ein freimüthiges Geständniß abgelegt hätte? —

Da Herr v. Schmidt so zu handeln vermogt, wie er gehandelt, so kann man es auch gern zugeben, daß es für ihn natürlich war, jenes heimlich erhaltene und angenommene Dienstversprechen bei der Königl. Hannoverischen Regierung geltend zu machen, als es ihm nicht mehr convenirte, den Herzogl. Braunschweigischen Staatsdienst fortzusetzen.

Ad 4. Dem Geheimen-Rathe v. Schmidt ist von Sr. Herzogl. Durchlaucht, der gebetene Abschied weder bestimmt ertheilt, noch verweigert worden. Es scheint, daß der 2c. v. Schmidt es seinem Interesse für angemessen gefunden, eine mündliche Aeußerung

Er. Herzogl. Durchlaucht willkürlich zu deuten, und dieses ist denn freilich seine eigene Schuld. Ganz vorzüglich ist aber auch der Umstand zu berücksichtigen, daß Se. Herzogl. Durchlaucht bei dem Abschiedsgesuche des 2c. v. Schmidt, Regentenpflichten zu erfüllen hatten, welche es geboten, mit Vorsicht zu Werke zu gehen, um den Staat sicher zu stellen, wegen Handlungen dieses Geheimen-Rathes, wovon Se. Durchlaucht, neben dem Abschiedsgesuche, Kenntniß erhielten und welche sich von Tage zu Tage zweideutiger gestalteten. Die in der von Er. Herzogl. Durchlaucht dem 2c. v. Schmidt gegebenen ersten Antwort, gemachten Andeutungen, weshalb eine Verantwortung seiner Seite nothwendig hätte erscheinen können, waren nichts mehr und nichts weniger als Andeutungen, nicht aber bestimmt aufgestellte Thatsachen, deren Widerlegung es bedurfte, und so hat denn auch der 2c. v. Schmidt in seinen fernern Eingaben sich nur ganz auf allgemeine Erläuterungen beschränkt, ohne bestimmte Anschuldigungen aus dem Wege zu räumen, wovon damals nach Lage der Sache nicht die Rede sein konnte.

Ad 5. Man wird eingestehen müssen, daß es im directen Widerspruche mit allen Regentenpflichten gestanden, wenn Se. Herzogl. Durchlaucht es dem 2c. v. Schmidt gestattet, sein actives Geschäfts-Verhältniß zu conserviren. Gegen einen Staatsdiener, welcher es über sich vermogt, seit Jahren eine genaue

Verbindung mit der Verwaltung eines andern Staates zu unterhalten und dieses verabredete Dienstverband seinem rechtmäßigen Herrn, dem er Treue geschworen, zu verheimlichen, mußten die Landes-Interessen sicher gestellt werden. Eine natürliche, wenn gleich nicht nothwendige Folge der eingetretenen Inactivität des Geheimen-Raths v. Schmidt, war die Reduction seines Gehaltes auf 2000 Rthlr. Ganz abgesehen davon, daß dieses Geld-Quantum zur anständigen Unterhaltung des zc. v. Schmidt zureichte, so liefert das Wort einstweilen einen vollgültigen Beweis, daß nur von einer interimistischen Maßregel die Rede sein sollte. Hätte der Geheime-Rath v. Schmidt aus Rechtsgründen diese Verfügung nicht anerkennen wollen, so stand es ihm frei, bei den Herzogl. Braunschweigischen Landesgerichten Klage zu erheben. Die Erfahrung hat es gelehrt, daß von Seiten der Herzogl. Braunschweigischen Gerichte, in allen Sachen, bei welchem die Landes-Regierung interessirt, Niemanden die Justiz verweigert worden. Herr v. Schmidt vermeint, daß die einstweilige Reduction seines Dienstgehaltes, verbunden mit dem Umstande, daß er den gebetenen Abschied nicht ausgefertigt erhalten, eine vollständige factische Auflösung des Dienstverbandes involvire. Dieser Aufstellung fehlt es nicht nur an allem rechtlichen Grunde, sondern der zc. v. Schmidt hat durch seine eigene Handlungsweise bekundet, daß er seinen Dienstverband im Herzogthume Braunschweig, als fortbeste-

hend betrachtet habe: die fortwährende Annahme des reducirten Gehaltes, die Form der von ihm ausgestellten Quittungen, in welchen ausdrücklich vom Gehalte die Rede, und endlich die wiederholten Sollicitationen um eine förmliche Verabschiedung, setzen dieses außer allen Zweifel.

Herr v. Schmidt will einen Beweis der Höchsten Ungnade darin finden, daß er von Sr. Herzogl. Durchlaucht mit seinen fernern Anträgen in seiner Dienst-Entlassungs-Angelegenheit, an den Cammer-Rath Bosse verwiesen. Die Sache gestaltet sich indessen bei weitem anders, wenn man erwägt, und Herr v. Schmidt hat dieses weislich verschwiegen, daß der gedachte Cammer-Rath Bosse designirt war, als vortragender Rath in das Herzogl. Ministerium einzutreten, daß es mithin in der Geschäftsordnung lag, den überlästigen Sollicitanten an den künftigen Referenten zu verweisen.

Ad 6. Wenn der Geheime-Rath v. Schmidt auf Befehl Sr. Herzogl. Durchlaucht, bis unmittelbar vor seiner schimpflichen Entweichung aus den Herzogl. Braunschweigschen Landen, nicht in Anspruch genommen, nicht in Anklagezustand versetzt worden, so liegt der Grund hiervon nicht etwa darin, daß für eine Untersuchung nicht zureichende Gründe vorhanden gewesen wären (denn mit Ausnahme des Verbrechens des verletzten Dienstes lagen die Un-

rechtfertigkeiten des Geheimen=Rathes v. Schmidt, zum Theil wenigstens, klar am Tage), sondern darin, daß Se. Herzogl. Durchlaucht es für bedenklich hielten, als Folge der Untersuchung, die Handlungen der Vormundschaftlichen Regierung zur Sprache gebracht und beurtheilt zu sehen, und als Se. Herzogl. Durchlaucht in gleicher Maße die wohlgemeinte Absicht hatten, die guten Verhältnisse mit einer benachbarten Regierung zu conserviren, auch wenn solches nur immer möglich, gegen den 2c. v. Schmidt Milde und Schonung vorwalten zu lassen. War dem Geheimen=Rathe v. Schmidt, der doch bestimmt die Ueberzeugung haben mußte, daß er vor seiner endlichen Verabschiedung, in wichtigen Landes=Angelegenheiten, als erster Geheime=Rath Auskünfte zu geben habe, und daß hiervon allein die von ihm nachgesuchte Entlassung abhängig sei, wirklich daran gelegen, den legalen Character seiner Geschäftsführung constatirt zu sehen und dadurch alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche der Ausfertigung des von ihm nachgesuchten Abschiedes entgegen standen, so mußte er, zureichend bekannt mit der ihm verfassungsmäßig obliegenden Verbindlichkeit, bei der Durchlauchtigsten Regierung darauf antragen, daß ohne Zeitverlust eine Recherche seiner Amtsführung angeordnet und ihm dadurch Gelegenheit verschafft werde, sich, in so fern es nöthig, zu rechtfertigen. Dieses, was jedem rechtlichen und umsichtigen Staatsdiener, zur schnellen Beendigung seiner ungewissen Lage, eingefallen sein würde, ist,

wie solches die Acten bekunden, dem Geheimen-Rathe v. Schmidt nicht eingefallen.

Ad 7. Es ist unleugbare Thatsache und actenmäßig erwiesen, daß der 2c. v. Schmidt, in einem Immediatberichte vom 20^{ten} Oct. 1826, dem Durchlauchtigsten Herzoge die bestimmteste Versicherung gegeben, alle Dienstpapiere und Acten, dem erhaltenen Höchsten Befehle gemäß, abgeliefert zu haben, daß diese Versicherung wahrheitswidrig gewesen, und daß im März des jetzt laufenden Jahres, von dem 2c. v. Schmidt wichtige Regierungsacten nachgeliefert worden, welche von ihm rechtswidrig zurückbehalten und deren Besitz er absichtlich verschwiegen.

Es ist gleichmäßig constatirt worden, daß der Geheime-Rath v. Schmidt verfassungswidrig es sich gestattet, hinter dem Rücken der übrigen Räte des Herzogl. Geheimen-Raths-Collegii mit dem Stellvertreter der Vormundschaftlichen Regierung zu communiciren, auf diese Weise Entscheidungen zu extrahiren und daß die desfalligen Acten bedeutende Lücken enthalten, entweder daß die von Braunschweig aus erstatteten Berichte fehlen, oder aber die Berichte vorhanden, die Decisionen der Vormundschaftlichen Regierung aber verschwunden sind. Diese bedenklichen Umstände machten es nicht sowohl rathlich, als nothwendig, von dem 2c. v. Schmidt Auskünfte zu begehren und irgend einen Schritt zu thun, wenn auch nur der Form wegen, daß die Herzogl.

Braunschweigische Regierung sich für einigermaßen sicher gestellt halten konnte, daß der 2c. v. Schmidt nicht noch andere Regierungs-Acten und Urkunden zurückbehalten habe und zurückbehalten wolle, welche Retention nur zu leicht eine Geschäftsverwirrung und eine Menge Unannehmlichkeiten herbeiführen konnte.

Der Geheime-Rath v. Schmidt ist auf die mildeste und anständigste Weise aufgefordert, seiner desfalligen Verbindlichkeit zu entsprechen. Das damalige Herzogl. Geheime-Raths-Collegium hat von ihm nichts mehr und nichts weniger begehrt, als daß er seine Acten und Scripturen nochmals genau recheckire, etwanige der Herzogl. Landes-Regierung angehörige Papiere abliefere und sodann auf seinen Dienstseid versichere, seiner Editionsverbindlichkeit ein Genüge geleistet zu haben. Nach dem was vorausgegangen, würde jede, weniger humane Regierung, als die Herzogl. Braunschweigische, eine Versiegelung der v. Schmidtschen Scripturen verfügt, und für den obigen Zweck, eine amtliche Recherche haben vornehmen lassen. Es ist rein unmöglich, daß die vorhin erwähnte Aufforderung des Herzogl. Geheime-Raths-Collegii, bei dem 2c. v. Schmidt eine solche Furcht erzeugt haben könne, welche ihn gewissermaßen willenlos bestimmt, aus den Herzogl. Braunschweigischen Landen heimlich und wie ein Verbrecher zu entweichen, und wird man den desfalligen Versicherungen des 2c. v. Schmidt um so weniger Glauben beimessen

sen können, als derselbe, von Zeit des erbetenen Abschiedes angerechnet, bis zu seiner Entweichung ganz ruhig in Braunschweig gelebt und ihm nicht das mindeste Unangenehme gesagt noch zugefügt ist. Ueberdies scheint eine Poltronerie, wie solche Herr v. Schmidt der Welt vorspiegelt, nicht dazu geeignet, ein Verbrechen und sonstige mit demselben in Verbindung stehende Unrechtsfertigkeiten, zu entschuldigen.

In einer Randnote beabsichtigt der 12. von Schmidt einen Beweis, daß seine Furcht nicht ungegründet gewesen, dadurch zu liefern, daß von Seiten der Herzogl. Braunschweigischen Landes-Regierung gegen Institutionen der Vormundschaftlichen Administration, ein offenes Patent erlassen, ingleichen, daß die frühern Mitglieder des Herzogl. Geheime-Raths-Collegii dimittirt worden. So wenig der Geheime-Rath v. Schmidt auf seinem jetzigen Standpunkte zu beurtheilen vermag, welche Motive die Herzogl. Braunschweigische Regierung gehabt haben könne, mit dem Personale Ihres Regierungs-Collegii eine Veränderung vorzunehmen, so unpassend erscheint es, wenn irgend ein Staatsdiener, statt seine unbedeutende Persönlichkeit anzuerkennen, die rücksichtlich derselben Statt findenden Verhältnisse, nach demjenigen beurtheilt, was als Folge eines allgemeinen Interesse des Staates verfügt worden und verfügt werden mußte.

Ueber die Art und Weise der verbrecherischen und schimpflichen Flucht des 12. v. Schmidt braucht

hier nichts weiter gesagt zu werden, denn diese ist dem in- und ausländischen Publico bekannt und von demselben nach Verdienst gewürdigt worden.

Ad 8. Unmöglich kann es auffallend erscheinen, daß ein Staatsdiener, gegen welchen sich eine Menge Unrechtfertigkeiten zu Tage legen, und der für das Vorhandensein derselben, selbst den Beweis dadurch liefert, daß er sich auf flüchtigen Fuß setzt, durch den Arm der Gerechtigkeit verfolgt wird, und daß Alles geschieht, um sich, wo möglich, seiner Person zu versichern. Die Nothwendigkeit des gegen den 2c. v. Schmidt erlassenen Steckbriefes ist durch die Herzoglich Braunschweigische Polizeidirection zur Genüge nachgewiesen. Der Geheime-Rath v. Schmidt beklagt sich ohne allen vernünftigen Grund darüber, daß er unverdienter und ungehörterweise verstoßen worden. Daß solches nie und unter keinen Umständen in den Absichten der Herzogl. Braunschweigischen Landesregierung gelegen, wird wohl dadurch sonnenklar, daß unmittelbar nach der schimpflichen Flucht des 2c. v. Schmidt-Phiseldack eine Untersuchungs-Commission gegen denselben organisirt worden, nicht etwa für den Zweck eines zu fallenden Urtheils, sondern für den Zweck der Instruction, damit hiernächst das competente Gericht sich im Stande befinde, mit Abgabe des Rechtspruches zu verfahren.

Herr v. Schmidt wirft in seiner Note, neben Anführung derjenigen Personen, aus welchen die or-

ganisirte Commission bestanden und besteht, die Frage auf: Ob es wohl in der Ordnung sei, die Amtsführung eines Geheimen-Rathes durch eine solche Commission untersuchen zu lassen? —

Wenn Herr v. Schmidt nicht die widersinnige Idee haben sollte, daß der erste Geheime-Rath in einem Staate weit über das Gesetz erhaben sey, wenn Herr v. Schmidt mit dem Verfasser dieser Schrift die Ueberzeugung theilt, daß eine Menge Fälle vorhanden sein können, in welchen ein höherer Staatsbedienter einer subordinirten Behörde Rechenschaft zu geben schuldig, weil sonst für den höchsten Staatsbedienten, wenn derselbe zur Verantwortung gezogen werden sollte, präjudiciell noch eine höhere Behörde würde geschaffen werden müssen, so hat auch der zc. v. Schmidt keinen vernünftigen Grund, gegen die organisirte Commission etwas einzuwenden, vielmehr mußte und muß er es der Herzogl. Braunschweigischen Regierung Dank wissen, daß der Commission Administrations-Beamte beigeordnet worden, welche grade die Handlungsweise eines Staatsdieners, in der Verwaltung, milder und richtiger beurtheilen, als der strengere Rechtsgelehrte. Es genügt übrigens, daß der Geheime-Rath v. Schmidt gegen die Legalität der Commissarien nichts aufzustellen vermocht habe.

Wiewohl es ziemlich allgemein bekannt geworden, so muß es doch auch hier wiederholt werden, daß dem Geheimen-Rath v. Schmidt, neben der Ladung, vor

der Commission zu erscheinen und sich zu rechtfertigen, ein sicherer Geleitsbrief auf legalem Wege behändigt worden. Die Person des Geheimen-Ratheß war also nicht weiter gefährdet, und so wie ihm die Gelegenheit gegeben war, sich zu vertheidigen, so war im Gegensatze davon die Verbindlichkeit wirksam vorhanden, sich wegen derjenigen Gegenstände, deren er beschuldigt worden und noch beschuldigt werden konnte, zu verantworten. Wäre der 2c. v. Schmidt, seiner Pflicht gemäß, vor der organisirten Commission erschienen, so hätte er gegen die Zusammenstellung derselben eben sowohl protestiren, als auf eine Cognition der Landes-Gerichte provociren können. In keinem Falle würde ihm ein rechtliches Gehör und hiernächst eine rechtliche Entschuldigung versagt worden sein. So aber ist es Thatsache, daß der Geheime-Rath von Schmidt es verweigert, die von ihm geforderte Rechenschaft vor den Herzogl. Braunschweigschen Behörden zu geben; es ist Thatsache, daß er mit beharrlicher Verleugnung seines rechtlicherweise fortbestandenen Dienstverbandes und im Widerspruche mit dem von ihm geschwornen Diensteide, von welchem er nur durch die Herzogl. Braunschweigsche Landes-Regierung entbunden werden konnte, alle dem Hohn gesprochen, was Anstand, Ehre und Pflicht von ihm forderte.

Wenn, wie schon früher erwähnt, ein leeres Râsonnement nicht dazu geeignet ist, etwas aus dem Wege zu räumen, was durch Beweis zur rechtlichen Gewißheit erhoben, so wird auch der 2c. v. Schmidt,

aller Declamationen und Entstellungen ungeachtet, daßjenige gegen sich und seinen Ruf gelten lassen müssen, was in den beiden über ihn zu Braunschweig erschienenen Abhandlungen actenmäßig zu Tage gefördert worden.

aller Declamationen und Entstellungen ungeachtet, daß-
jenige gegen sich und seinen Ruf gelten lassen müssen,
was in den beiden über ihn zu Braunschweig erschie-
nenen Abhandlungen actenmäßig zu Tage gefördert
worden

2010

289 4



